

# M ü l h e i m e r B ü r g e r - I n i t i a t i v e n

Fraktion in Rat und  
Bezirksvertretungen  
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1  
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

## M B I

e-mail: [fraktion@mbi-mh.de](mailto:fraktion@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

**Nov. 2011: 2 richtungsweisende Entscheidungen pro RWE in Mülheim/Ruhr:  
Es wird eisig in der RWE-Stadt Mülheim mit ihren kommunalen Rettungsschirmen für den trudelnden Energiekonzern! Von wegen voRWEg gehen!**



Der Energiekonzern RWE ist in schwerer Krise aufgrund fundamentaler Management-Fehler. Die Unternehmenspolitik setzte derart massiv auf Atom und Kohle, dass der Essener Energieriese arg ins Hintertreffen geraten ist. Ausbleibende Milliarden aus der mit Fukushima gestorbenen AKW-Laufzeitverlängerung und gigantische Fehlinvestitionen in zukunftslose Projekte werden den Konzern noch über Jahre belasten. Auch ohne die deutsche Energiewende hatte der Kurs des Mülheimer Stahlmilliardärs und RWE-Chefs Großmann den Konzern in Schieflage gebracht. Seine gesamten Atompläne waren bereits milliardenschwere Flops, ob in Bulgarien, Holland oder England, als in Deutschland auch Schwarz-Gelb im Juni 11 das Zeitalter erneuerbarer Energien endgültig einläutete. Doch genau der Sektor hatte bis dahin beim RWE lediglich den Status des „Stiefmütterchens“ eingenommen.

Neben dem Atomkurs setzte RWE weiter massiv auf heimische Braunkohle und billige Importkohle, ist also eindeutig Europas Klimakiller Nr. 1. Um sich dafür Verschmutzungsrechte zu sichern, baute das RWE u.a. für sage und schreibe 120 Mio. € das weltweit größte Werk für Holzpellets in Georgia, USA, vgl. WAZ vom 14.5.11. Dafür sollen im ganz großen Maße amerikanische Sumpfkiefern verarbeitet werden, um dann die Pellets nach Europa zu schicken zur Verfeuerung in niederländischen und britischen Kohlekraftwerken, was in Deutschland verboten ist. Nahe der deutschen Grenze am Rande des Nationalparks Wattemeer baut RWE dafür in Eemshaven für Milliarden ein riesiges Kohlekraftwerk, dessen Genehmigung aber vom höchsten holländischen Verwaltungsgericht verworfen wurde. So möchte RWE vorerst viele Mio. € weniger für CO<sub>2</sub>-Verschmutzungsrechte aus Kohle bezahlen, weil Kiefern als nachwachsende Rohstoffe (noch) als CO<sub>2</sub>-neutral bewertet werden. Das Ganze ist eine riesige ökologische Katastrophe, deren Bevorzugung sicher in wenigen Jahren beendet werden wird. Dieser ökologische Wahnsinn reißt den maroden Konzern finanziell noch weiter in Turbulenzen.

Aus ähnlicher Motivation setzte das RWE auf CCS, die unterirdische Lagerung des klimaschädlichen CO<sub>2</sub>, um auch so Verschmutzungsrechte in großem Umfang nicht zahlen zu müssen. Österreich hat die ungeklärte CCS-Technik bereits verboten und auch der deutsche Bundestag hat vor kurzem alles erst einmal auf Eis gelegt. Gut so für die Allgemeinheit, aber auch das schlecht für das RWE, das eben nicht auf wirkliche Zukunftstechnologien gesetzt hat, sondern nur auf Verlängerung von Atom und Kohle und einzig auf zentralisierte Konzepte. Das rächt sich nun deutlich und massiv.



Auch die Versuche, mit seiner Modellstadt Mülheim (Prof. Dr. Mülheim) im Markt der „smart meter“ („intelligente“ Stromzähler) und in den e-mobility-Markt über Elektro-Smarts vorweg zu gehen, scheiterten recht kläglich bzw. bewegten sich in ihrem unausgegorenen Schneckentempo eher hinterher als vorweg oder aber getreu des leicht abgewandelten RWE-Mottos unter IRRWEG GEHEN, was die RWE-Unternehmenspolitik der letzten Jahre besser beschreiben würde!

**Leidtragende sind die Teile des Konzerns, die profitabel sind und die Aktionäre, die über längere Zeit deutlich weniger Dividende zu erwarten haben.** Im Gas- und Stromgeschäft hat RWE gemerkt, dass man nicht weiter arrogant als Abzocker auftreten darf, will man nicht noch mehr Kunden verlieren. Deshalb läuft seit Wochen die groß angelegte Werbekampagne zu stabilen Preisen von „VoRWEg gehen“. Doch auch das kommt arg spät, nachdem viele hunderttausende sich vom RWE abmeldeten. **Und dann bleiben noch die vielen Kommunen, in denen das RWE bisher seine treuesten Verbündeten hatte und hat. Als Aktienbesitzer müssen sie bereits große Einbußen hinnehmen. Immer mehr Kommunen wollen ferner Teile der Stadtwerke, der Netzkonzessionen, der Wasserwerke u.ä. rekommunalisieren, wohl wissend, dass genau das die einzig krisensicheren Einnahmequellen sind, die zudem die Daseinsvorsorge beinhalten, die die Kommunen ohnehin sicherstellen müssen.**

Nachdem der Traum von den Atom-Milliarden fast ohne Gegenleistung vom Tsunami in Japan überrollt wurde, nachdem auch die RWE-Strategie zur Reduktion der hohen Kosten für Verschmutzungsrechte für immerhin Europas größten CO<sub>2</sub>-Produzenten ebenfalls ins Trudeln geriet, hat der Kampf um die Kommunen und deren Daseinsvorsorge sich intensiviert. Eine Schlüsselstellung dabei hat die Stadt des RWE-Gründers Stinnes, in der nicht zufällig auch der jetzige RWE-Chef wohnt (in der ehemaligen Thyssen-Villa), deren OB im RWE-Aufsichtsrat sitzt, die im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten RWE-Aktien hält und wo sich der Energiekonzern in der Vergangenheit auch günstigst in viele andere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge einkaufen konnte, in Gas-, Fernwärme, Müll- und vor allem das Wassergeschäft, seitdem das RWE 80% des regionalen Wasserversorgers RWW mit Sitz in Mülheim hält. Müllabfuhr und Straßenreinigung hat das RWE längst an Remondis weiter verkauft und auch das RWW wird bei der selbst erzeugten Problemlage des Konzerns auf Dauer ebenfalls verkauft werden, wenn es finanziell gänzlich ausgeschlachtet und für den Weiterverkauf deutlich aufgehübscht ist.

**In Mülheim/Ruhr, der kleinen Großstadt genau zwischen Düsseldorf, Duisburg, Essen und Oberhausen, weiß das angeschlagene RWE sich auf sicherem Terrain: Die SPD-OB als Aufsichtsrätin, die SPD-NRW-Ministerpräsidentin im Rücken, ein ex-RWE-Mann als den wichtigen Chef der Beteiligungsholding und inzwischen fast unverkäufliche Millionen von RWE-Aktien machen die Stadt gefügig, zumindest solange, wie die CDU mitspielt, denn ohne CDU findet die Mülheimer SPD keine Mehrheit pro RWE. So gelang es mit der CDU nun 2 wichtige Weichenstellungen im Sinne des RWE zu stellen: Zur Stromkonzession knickte die CDU wieder ein und zum Wasser-„System“preis half sie kräftig mit, eine öffentliche Diskussion garnicht erst aufkommen zu lassen.**

**Und so baut die Stadt Mülheim kräftig mit am RWE-Rettungsschirm.**

Heute war der WAZ zu entnehmen, dass alle Mitbewerber um die Stromkonzession sich abgemeldet haben, nachdem selbst der halb-kommunale Versorger medl verzichtet hatte, vgl. Artikel unten. Mit der vorzeitigen Verlängerung der Mülheimer Stromkonzession ist leider auch eine Vorentscheidung gegen alle denkbaren städteübergreifenden Modelle im Stromsektor zumindest des westlichen Ruhrgebiets schwierig geworden, wenn nicht unter RWE-Federführung. In etlichen Nachbarstädten laufen in den nächsten Jahren die Konzessionsverträge nämlich aus. Das Mülheimer RWE-Gebiet mittendrin blockiert dann logischerweise etliche zukunftsweisendere Lösungen unabhängiger vom RWE.



IRRWEG GEHEN

**Zum geplanten RWW-Wassertarif (Umstellung vom „Zählermaßstab“ auf den „Wohneinheiten-Maßstab“ und Erhöhung der Grundgebühr von 20 auf 50% auch noch pro Wohneinheit und nicht mehr pro Wasserzähler) stimmten gestern SPD, CDU und FDP gar den MBI-Antrag von der TO des Umweltausschusses, womit die ökologischen Auswirkungen dieses Vorhabens thematisiert werden sollten. So also kann das RWW ab Jan. sein Risiko bei sinkender Einwohnerzahl minimieren und gleichzeitig die Mutter RWE den RWW-Verkaufspreis deutlich erhöhen.**

**Leidtragende sind in beiden Fällen zuallererst die Mülheimer Verbraucher, die ja bereits die Millionenverluste durch den städt. Aktienbesitz tragen müssen. In zweiter Linie betroffen sind die Verbraucher vieler Nachbarstädte und -gemeinden, ob wie in Recklinghausen, Dorsten oder Sonsbeck nur als Wasserverbraucher oder in Oberhausen, Bottrop bzw. Gladbeck als Wasser- und Stromverbraucher oder in Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, aber auch Düsseldorf, als Stromkunden.**

## Stromkonzession -Nur RWE bleibt im Rennen um die Konzession

<http://www.derwesten.de/staedte/muelheim/nur-rwe-bleibt-im-rennen-um-die-konzession-id6066176.html>



**Mülheim.** Seit Monaten tobt in der Politik ein Streit darum, wie und an wen die Stadt die Stromkonzession vergeben soll. Wie es heißt, ein riesiges Millionen-Geschäft für die nächsten Jahrzehnte. 2014 läuft der aktuelle Strom-Vertrag mit dem RWE aus. Und dann? Sechs Unternehmen aus ganz Deutschland hatten ihr Interesse an der Mülheimer Stromkonzession bekundet – übrig blieb am Ende nur das **RWE**, alle anderen warfen das Handtuch und gaben kein Angebot ab.

Auch der Lokalmatador, die Medl, an der zu 49 % das RWE beteiligt ist, zog jüngst das bekundete Interesse zurück. Wie auch die Stadtwerke Duisburg oder die Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg. Beide erklärten auf Anfrage der WAZ, dass für sie das Stromgeschäft in Mülheim wirtschaftlich nicht lohnend gewesen wäre. Punkt. Gelsenwasser, zunächst stark interessiert, geben offiziell gar keine Stellungnahme ab. Aber auch sie zogen sich zurück.

Kein Wunder, schallt es aus Teilen der Politik: Vor allem die SPD, allen voran die Oberbürgermeisterin, auch die CDU hätten frühzeitig ihre uneingeschränkte Sympathie für RWE signalisiert. „Da überlegt sich doch jedes Unternehmen zweimal, ob es die Zeit und das Geld in ein Angebot überhaupt noch investiert“, so Lothar Reinhard von den **MBI**, die es gerne gesehen hätten, wenn ein stadtübergreifendes Bündnis zum Zuge gekommen wäre. „Es lief alles von vornherein auf das RWE hinaus“ – ein Interessent gab dies hinter vorgehaltener Hand zu verstehen. Besonders wettbewerbsfreundlich sei das nicht gewesen.

### Eine Farce

Von den Liberalen hört sich das so an: „Es war nicht anders zu erwarten.“ Zumindest habe man eine Diskussion noch geführt und nicht sofort auf das RWE gesetzt, so Peter Beitz. Von einer Farce spricht Achim Fänger (Wirk-Linke): „Natürlich wird’s der Stromriese, der Markt ist längst unter den Großen aufgeteilt.“ Eine gewisse Verwunderung über den Interessentenschwund gibt es bei der CDU. Aber Nachteile erwartet man für die Stadt nicht.

Wer die Konzession besitzt, darf im Stadtgebiet ein Stromnetz unterhalten und von anderen Stromanbietern Durchleitungsentgelte kassieren. Für das Recht, Leitungen auf städtischem Grund zu verlegen, erhält die Kommune eine jährliche Konzessionsabgabe. Für Mülheim beträgt sie jährlich 12 Mio Euro. Es ist der höchstmögliche Satz, wie Hendrik Dönnebrink, Chef der Beteiligungsholding, betont. Und wenn mancher Politiker glaubt, dass bei nun nur einem Bewerber die Stadt kaum noch mehr herausholen könnte, dem gibt Dönnebrink mit auf den Weg: Egal wer die Konzession bekommt, „für die Stadt würde es keineswegs mehr als jene zwölf Millionen geben“. Dies habe die Bundesnetzagentur so festgelegt. Der oft erzeugte Eindruck, dass es hier um ein gigantisches Millionengeschäft gehe, bei dem die Stadt mitmischen könne, sei abwegig.

### Netz bedeutet Einfluss

Überhaupt geht es für die Stadt nicht um mehr Geld, höchstens um Zugaben, wie ein Extra am Neuwagen. „Wir verhandeln jetzt zum Beispiel über die Folgekosten von Straßenaufbrüchen, wenn Leitungen erneuert werden müssen“, so Dönnebrink. Überhaupt habe die Stadt mit einem vorgegebenen Muster-Konzessionsvertrag festgelegt, was sie von dem Anbieter erwartet und fordert. Ein externer Gutachter werde das Angebot des RWE daraufhin prüfen.

Dass all die anderen Interessenten abgesprungen sind, wundert Dönnebrink nicht: Denn jeder hätte zunächst das Netz vom RWE kaufen, also stark investieren müssen. Die Aufregung und Empörung in der Politik kann er nicht nachvollziehen: Weder Strompreise noch Stromart werden durch den Vertrag in irgendeiner Form beeinflusst. Dem Bürger könne es egal sein, durch wessen Leitungen der Strom laufe.

Falsch, glaubt Reinhard: „Wer das Netz besitzt, der besitzt auch Einfluss.“